

**Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW), Karlsruhe**

**Anhang zum 31.12.2021**

**Die Anstalt ist wie folgt im Handelsregister eingetragen:**

Firma: Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg  
Sitz: Karlsruhe  
Registergericht: Mannheim  
Handelsregisternummer: HRA 104736

**Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg**

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 06.10.2005 das Gesetz zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) beschlossen. Das Gesetz ist am 01.01.2006 in Kraft getreten und wurde zuletzt am 01.03.2020 geändert. Die Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU) wurde in die vom Land Baden-Württemberg errichtete Anstalt des öffentlichen Rechts UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg (UMEG) eingegliedert. Die Anstalt führt die Bezeichnung Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW). Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und zugleich staatliche Einrichtung mit Sitz in Karlsruhe.

Die bisher der LfU zugewiesenen Vermögensgegenstände mit Ausnahme der Landesimmobilien wurden Eigentum der LUBW. Im Übrigen gingen alle Rechte, Verbindlichkeiten und Pflichten der LfU auf die LUBW über. Die der LfU zugewiesenen und von der LUBW genutzten Immobilien werden weiterhin durch das Land Baden-Württemberg bewirtschaftet.

Der Ministerrat hat am 08. Januar 2013 die Einführung des **Public Corporate Governance Kodex (PCGK)** für landesbeteiligte Unternehmen beschlossen. Am 19. Juli 2013 hat der Verwaltungsrat der LUBW den Public Corporate Governance Kodex für landesbeteiligte Unternehmen in § 11 der Satzung der LUBW verbindlich eingeführt.

**A. Rechnungslegungsgrundsätze**

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021 wurde nach den Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem gesetzlichen Gliederungsschema unter Änderungen von Postenbezeichnungen und Einfügungen, soweit dies zulässig ist und der Klarheit des Ausweises dienlich erscheint.

Unter Anwendung von § 246 Abs. 2 HGB wurden im Jahresabschluss 2021 die folgenden Verrechnungen vorgenommen:

- Die Aktivwerte der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen in Höhe von EUR 2.443.351,49 wurden mit den Pensionsrückstellungen saldiert. Die Verrechnung erfolgte mit dem beizulegenden Zeitwert, der nach Auskunft der Rückdeckungsversicherung dem Aktivwert entspricht.
- Die Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen in Höhe von insgesamt EUR 328.306,00 wurden mit EUR 237.247,56 (nicht verpfändeter Anteil) in den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen und mit EUR 91.058,44 (verpfändeter Anteil) innerhalb der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen mit dem Zinsaufwand der Pensionsrückstellungen saldiert ausgewiesen.

## **B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Grundlage für die Bewertung der Anlagezugänge sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die abnutzbaren Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Bei den beweglichen Anlagegütern werden die Zugänge pro rata temporis abgeschrieben. Bewegliche Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von EUR 250,00 bis EUR 1.000,00 werden über 5 Jahre abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis EUR 250,00 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Zur Vermeidung von Überbewertungen und zur Berücksichtigung von Gängigkeitsrisiken wurde ein Sicherheitsabschlag vorgenommen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nominalwerten angesetzt.

Der Ansatz der aktiven Rechnungsabgrenzung erfolgt zum Nennwert.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach der „projected unit credit“ (PUC) Methode.

Die sonstigen Rückstellungen sind so bemessen, dass sie allen erkennbaren Risiken Rechnung tragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr sind mit dem durchschnittlichen Zinssatz abgezinst.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

## **C. Erläuterungen zur Bilanz**

### **1. Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist auf Blatt 7 und 8 dargestellt.

## 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den sonstigen Vermögensgegenständen haben EUR 8.300.908,04. (Vorjahr: EUR 8.129.914,29) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Weiterhin enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände noch nicht abgerechnete Leistungen im Zuschussbereich (antizipativer Posten) in Höhe von EUR 638.606,88 (Vorjahr: EUR 1.058.755,67).

## 3. Liquide Mittel

Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Unter der Bilanzposition „Kassenbestand-, Landesoberkassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ wird daher auch das im Cash-Pooling System des Landes Baden-Württemberg eingebundene Konto der LUBW bei der Landesoberkasse ausgewiesen. Da das Konto hinsichtlich der Liquidierbarkeit den Liquidien Mitteln gleichgestellt ist, wird hierdurch ein besserer Einblick in die Finanzlage gewährt als bei einem Ausweis unter den Forderungen. Das Konto weist zum Stichtag einen Bestand in Höhe von TEUR 10.704 aus.

## 4. Eigenkapital

Die LfU war nicht mit einem festen Eigenkapital ausgestattet. Im Gesetz zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz, Baden-Württemberg, vom 06.10.2005 wurde der LUBW in ihrer Eigenschaft als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts auch keine feste Kapitalausstattung zugewiesen. Das Anfangskapital der LUBW, bestehend aus den zum 01.01.2006 bilanzierten Vermögensgegenständen, abzüglich der Verbindlichkeiten, wurde daher als Basiskapital ausgewiesen und dem bisherigen Basiskapital der UMEG zugeschrieben.

Das Basiskapital der LUBW stellt sich zum 31.12.2021 wie folgt dar:

<b>Stand 31.12.2020</b>	<b>82.432.490,29 €</b>
<b>Einlagen des Landes Baden-Württemberg</b>	
Ausstattung Basiskapital	19.158.328,12 €
Sonstige Einlagen	17.347.768,08 €
Überlassung des Landespersonals	27.008.814,24 €
Überlassung der Liegenschaften	<u>3.497.322,00 €</u>
	<b><u>67.012.232,44 €</u></b>
	<b>149.444.722,73 €</b>
<b>Verrechnung Jahresfehlbetrag 31.12.2020</b>	<b><u>-67.601.035,15 €</u></b>
<b>Stand 31.12.2021</b>	<b><u>81.843.687,58 €</u></b>

## 5. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszins wurde der zum 31.12.2021 von der deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins (durchschnittlicher Marktzinssatz der letzten 10 Jahre bei pauschaler Laufzeit von 15 Jahren) mit 1,87 % (Vorjahr 2,30 %) angesetzt. Als Bewertungsparameter wurden für den Renten- und Gehaltstrend 1,5 % und 2 % benutzt.

Der Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtung gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB bei einem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 7 Jahre von 1,35 % (Vorjahr 1,60 %) beträgt zum 31.12.2021 EUR 19.337.584,00. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Absatz 6 Satz 2 HGB beträgt EUR 1.723.715,00.

Entsprechend dem Verwaltungsratsbeschluss vom 25. Juli 2014 wird das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15.05.2012 / AZ: 3 AZR 11/10) im Sinne einer dynamischen Auslegung der Altersgrenze auf die betrieblichen Versorgungszusagen der LUBW seit dem 31.12.2014 angewendet.

## **6. sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen enthalten überwiegend Rückstellungen für Urlaubsrückstände TEUR 581 (Vorjahr: TEUR 571), Gleitzeitguthaben TEUR 151 (Vorjahr TEUR 131), Altersteilzeit TEUR 129 (Vorjahr: TEUR 210), Jubiläumszuwendungen TEUR 178 (Vorjahr: TEUR 138) und ausstehende Rechnungen TEUR 976 (Vorjahr: TEUR 1.113).

## **7. Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu 1 Jahr.

## **D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

### **1. Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten hauptsächlich Erträge aus Zuwendungen von Dritten.

### **2. Landespersonal**

Die Position „Landespersonal“ betrifft die bei der LUBW tätigen Beamten und Beschäftigten, die in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land Baden-Württemberg stehen bzw. Arbeitnehmer des Landes Baden-Württemberg sind. Die Überlassung erfolgt als Einlage des Landes in das Basiskapital der LUBW.

### **3. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Überlassung der von der LUBW genutzten Landesimmobilien erfolgte ebenfalls als Einlage des Landes in das Basiskapital der LUBW. Der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltene Aufwand für überlassene Landesliegenschaften wurde mit EUR 3.497.322,00 (Vorjahr: EUR 3.497.322,00) angesetzt.

## **E. Sonstige Angaben**

### **1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Die **sonstigen finanziellen Verpflichtungen** zum Bilanzstichtag betreffen das Bestellobligo aus begonnenen Investitionsvorhaben mit EUR 78.234,77 und betreffen den Betrag der Miet- und Leasingverpflichtungen mit EUR 93.111,32.

## 2. Personal

Bei der **LUBW** waren in 2021 durchschnittlich 127 Beamte, 286 Landesangestellte und 118 Angestellte der Anstalt beschäftigt.

## 3. Organe der Anstalt

Als **Präsidentin** der LUBW ist Frau Eva Bell, Karlsruhe, bestellt.

Sie hat bis zum 28.02.2022 die Aufgaben der Geschäftsführung im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses beim Land Baden-Württemberg wahrgenommen und wird außertariflich entsprechend Besoldungsgruppe B 5 Landesbesoldungsordnung vergütet. Erfolgsabhängige Vergütungen, sowie geldwerte Vorteile wurden nicht gewährt, eine Ruhegehaltszusage besteht nicht. Die Vergütung im Geschäftsjahr 2021 betrug insgesamt EUR 123.415,32.

Seit 01.03.2022 ist der vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft seit dem 01.01.2019 zum stellvertretenden Präsidenten bestellte Herr Werner Altkofer mit der Wahrnehmung der Geschäfte der LUBW beauftragt. Eine gesonderte Vergütung dieser Tätigkeit erfolgte nicht.

Der **Verwaltungsrat** der LUBW besteht aus den folgenden Mitgliedern:

Verwaltungsratsmitglied	Funktion	Bezüge	Sitzungsgeld
Minister Franz Untersteller MdL, Stuttgart	Vorsitzender bis 31.05.2021	541,67 €	-
Ministerin Thekla Walker MdL, Stuttgart	Vorsitzende ab 01.06.2021	758,33 €	100,00 €
Ministerialdirigent Stefan Benzing, Stuttgart	Stellv. Vorsitzender	1.000,00 €	100,00 €
Ministerialdirigent Martin Eggstein, Stuttgart	Verwaltungsratsmitglied	700,00 €	50,00 €
Abteilungsleiter Christoph Erdmenger, Stuttgart	Verwaltungsratsmitglied	700,00 €	50,00 €
Ministerialdirigent Karl-Heinz Lieber, Stuttgart	Verwaltungsratsmitglied	700,00 €	100,00 €
Ministerialrätin Dr. Andrea Rosenauer, Stuttgart	Verwaltungsratsmitglied	700,00 €	100,00 €
Ministerialdirigentin Elke Rosport, Stuttgart	Verwaltungsratsmitglied	700,00 €	100,00 €

Sofern die Voraussetzungen im Einzelnen erfüllt sind, gilt für alle Verwaltungsratsmitglieder eine Ablieferungspflicht; für die beamteten Mitglieder gemäß § 5 der Landesnebenberufungsverordnung, für die Mitglieder der Landesregierung nach den Beschlüssen des Ministerrats zur Ablieferungspflicht von Regierungsmitgliedern.

Die **Gesamtbezüge des Verwaltungsrats und seiner Stellvertreter** beliefen sich auf EUR 6.450,00.

## 4. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2021 beträgt netto EUR 14.875,00. Es betrifft ausschließlich die Jahresabschlussprüfung.

## **5. Nachtragsbericht**

Die Corona-Pandemie wirkt sich weiterhin weltweit wirtschaftlich auf Unternehmen und Staatshaushalte aus. Diese werden zudem vom Konflikt in der Ukraine und der damit verbundenen Flüchtlings- sowie Energieproblematik beeinflusst. Für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen besteht nach wie vor eine hohe Unsicherheit. Inwieweit sich diese im Geschäftsjahr 2022 und den Folgejahren auf die Aufgabenerledigung und die Finanzen der LUBW auswirken, ist derzeit nicht abschätzbar.

## **6. Ergebnisverwendung**

Die stellvertretende Präsidentschaft schlägt vor, den Jahresfehlbetrag von EUR 69.038.707,30 mit dem Basiskapital zu verrechnen.

Karlsruhe, den 31.03.2022

gez.

Herr Werner Altkofer

(Stellvertretender Präsident)